

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Horn, Erler, Fuchs, Gerster, Heistermann, Dr. Klejdzinski, Kolbow, Koschnik, Leonhart, Steiner, Zumkley, Dr. von Bülow, Gansel, Dr. Götte, Kühbacher, Leidinger, Nagel, Opel, Dr. Scheer, Schulte (Hamel), Voigt (Frankfurt), Walther, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

**zu der Großen Anfrage der Fraktion der SPD „Sicherheitspolitische Lage und Entwicklung der Bundeswehr“
– Drucksache 11/4102 –**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß sich die Bundesregierung seit mehr als einem Jahr weigert, die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Sicherheitspolitische Lage und Entwicklung der Bundeswehr“ – Drucksache 11/4102 – vom 1. März 1989 zu beantworten.

Während die Bundeswehr der größten Veränderung seit ihrem Bestehen entgegensieht, scheint die Bundesregierung nicht wilens oder in der Lage, die dazu erforderlichen Anpassungsprozesse einzuleiten und dem Parlament die zur Erfüllung seiner Kontrollfunktion nötigen Informationen zu geben.

Parlament, Öffentlichkeit und die Soldaten der Bundeswehr selbst beklagen zu Recht, daß der Bundesminister der Verteidigung in Reden und amtlichen Verlautbarungen unter anderem die Reduzierung des Personalumfangs der Streitkräfte auf 420 000 bzw. inzwischen 400 000 Mann ankündigt, ohne das entsprechende Planungskonzept für die Umstrukturierung und den Abbau vorzulegen. Unsicherheit und Orientierungslosigkeit sind die Folge. Der Bundesminister der Verteidigung potenziert durch die Verweigerung politischer Vorgaben die Probleme und treibt die Bundeswehr ins gesellschaftliche Abseits.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die große Anfrage der Fraktion der SPD bis zum Ende der parlamentarischen Sommerpause zu beantworten und so die auch für die Beratung des Verteidigungshaushalts 1991 unverzichtbaren Sachinformationen zur Verfügung zu stellen.

Bonn, den 25. April 1990

Dr. Vogel und Fraktion

